

Personalratswahlen 2011

Vom 10. bis 12. Mai 2011 finden die nächsten Wahlen der Personalräte und der Jugend- und Auszubildendenvertretungen statt.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Sachsen ruft alle ihre Mitglieder auf, diesen Termin wahrzunehmen oder die Möglichkeit der Briefwahl zu nutzen. „Was soll das denn?“, werden sich einige fragen, „Ich gehe doch immer wählen.“

Leider traf das in der Vergangenheit nur auf 50% unserer Mitglieder zu. Hätten alle Mitglieder auch ihre Gewerkschaft gewählt, hätten wir über 7000 Stimmen bei den letzten Wahlen haben müssen. Es waren aber nur 4190 (60% aller gültigen) Stimmen.

Wenn also, wie oben schon erwähnt, alle unsere Mitglieder ihr Wahlrecht nutzen und unsere Mitbewerber ein gleiches Ergebnis einfahren würden wie 2007, dann wäre ein Stimmenanteil von 70% möglich. Da sind unsere Wähler, die nicht Mitglie-

der der GdP sind, noch nicht einmal eingerechnet.

Denkt bitte daran, dass mit dieser Wahl entschieden wird, ob wir als GdP mitbestimmen,

- wer welche Stelle wo in der neuen Struktur ab 2013 einnimmt,
- wie die Dienstposten in einer neuen VwV-Dienstpostenbewertung dotiert werden und
- welches Schichtsystem in den neuen großen Revieren gefahren wird.

Überlassen wir nicht das Feld anderen Berufsvertretungen oder freien Listen.

Zeigen wir dem Dienstherrn und Arbeitgeber, dass wir eine starke Gewerkschaft der Polizei sind und durch ein klares Votum unserer Mitglieder die Kandidaten der Gewerkschaft der Polizei für die örtlichen Personalräte und die Stufenvertretungen unterstützen werden.

Erik Berger
P-HPR-Vorsitzender und
stellv. Landesvorsitzender



Erik Berger



Dafür steht die GdP



1.	Soziale und gerechte Arbeitsbedingungen	<input checked="" type="checkbox"/>
2.	Stopp dem Personalabbau	<input checked="" type="checkbox"/>
3.	Keine Privatisierung	<input checked="" type="checkbox"/>
4.	„Weihnachtsgeld“ für alle	<input checked="" type="checkbox"/>
5.	ProSt - weg damit!	<input checked="" type="checkbox"/>
6.	5 Euro DUZ	<input checked="" type="checkbox"/>

ZITAT DES MONATS

*Der Narr tut,
was er nicht lassen kann,
der Weise lässt,
was er nicht tun kann.*

Chinesisches Sprichwort

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe April 2011, war der 4. März 2011, für die Ausgabe Mai 2011 ist es der 1. April 2011 und für die Ausgabe Juni 2011 ist es der 6. Mai 2011.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, unaufgefordert eingesandte Artikel und Leserbriefe zu kürzen. Leserbriefe stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Sachsen

Geschäftsstelle:
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (03 52 04) 6 87 11
Telefax: (03 52 04) 6 87 50
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (03 52 04) 6 87 14
Telefax: (03 52 04) 6 87 18
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (03 71) 3 87-38 55
Fax: (dienstlich) (03 71) 3 87-38 88
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801

GASTKOMMENTAR

Dresden, Februar 2011

Die Geschehnisse um den 13. und vor allem den 19. Februar 2011 in Dresden lassen mir die Zornesröte ins Gesicht steigen. Und das, obwohl ich überhaupt nicht an diesem Einsatz beteiligt war.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Sächsischen Landtag Martin Dulig ist „entsetzt“ über das Verhalten der im Einsatz befindlichen Polizisten. Und vor lauter Entsetzen setzt er sich gleich einmal (rechtswidrig) auf die Straße und mit ihm noch andere Abgeordnete.

Der Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse sagt in die zahlreichen Kameras, dass es nicht hinnehmbar sei, dass Polizei, Stadtverwaltung Dresden und Justiz den Rechten „offensichtlich alles erlauben, währenddessen friedlichen Gegendemonstranten annähernd alles untersagt wird“.

Haben diese beiden Männer wirklich eine Lektion in Bezug auf die Gewaltenteilung nötig? Wer erlaubt oder verbietet wem was auf welcher Grundlage? Ist es etwa nicht die Legislative, die beiden Lagern erst ein derart hohes Rechtsgut wie die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit zubilligt? Gehören die beiden sich empörenden Männer nicht einer Institution an, die mit ehrlichem Willen genau das Kritisierte ändern könnten? Und dann kommen unsere Kolleginnen und Kollegen und müssen, ihrem Auftrag und ihrem Eid entsprechend, dieses hohe Rechtsgut schützen und werden in der Folge mit Abgeordneten konfrontiert, die selbst Straftaten begehen.

Das ist in etwa so, wie wenn der unter Einwirkung von Alkohol fahrende Autofahrer sich „entsetzt“ äußert, wenn ihn ein Polizeibeamter aus dem Verkehr zieht.

Ich bin gegen Nazis und das mit aller Konsequenz. Wenn es der Gesetzgeber aber nicht schafft (vielleicht auch gar nicht schaffen will), diese Gruppierung zu verbieten, dann muss man konstatieren, dass Rechte eben auch Rechte haben, selbst



Frieder Fischer

wenn man dazu das Wörtchen leider anfügen muss.

Was soll ich von denen halten, die nicht etwa den aufopferungsvollen Einsatz der Polizei für den Erhalt der freiheitlich demokratischen Grundordnung würdigen, die nicht zur Kenntnis nehmen, dass 82 der „überforderten Polizisten“ (Dulig) verletzt wurden?

Herr Dulig, haben Sie sich schon einmal nach dem Befinden dieser Kolleginnen und Kollegen erkundigt?

Am 21. 2. 2011 bedankt sich die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag Sabine Friedel „im Namen der SPD-Fraktion“ „für die unter schwierigen Umständen geleistete Arbeit“ der Polizei am 19. 2. 2011 und wünscht den verletzten Beamtinnen und Beamten „von Herzen eine gute und schnelle Genesung“.

Wenigstens eine, die die Regeln des Anstandes noch nicht ganz verlernt hat.

Frieder Fischer
Kreisgruppe Südwestsachsen



Parlamentsbeteiligung zur Polizeireform gefordert

Dies fordert zumindest die Fraktion DIE LINKE mit ihrem Antrag unter dem Motto: „Keine Einleitung einer erneuten Personal- und Strukturreform bei der sächsischen Landespolizei ohne Einbeziehung des Sächsischen Landtages“. Das Parlament kann sich in dieser wichtigen Angelegenheit nicht zurückziehen. Dieser Meinung ist natürlich auch die Gewerkschaft der Polizei Sachsen!

In einer öffentlichen Anhörung vor dem Innenausschuss verdeutlichten am 10. März 2011 im Landtag der Landesvorsitzende Hagen Husgen und sein Stellvertreter Torsten Scheller die Bedeutung und Tragweite dieser bevorstehenden Reform.

Verwunderlich ist schon, dass nach den sachsenweiten Kritiken eine Fraktion der Opposition auf die Idee kommen

muss, dass diesbezüglich im Staate Sachsen etwas nicht stimmt.

Die Sicherheit des Freistaates Sachsen steht auf dem Spiel – sollte dies nicht alle Kräfte bündeln und jeden wachrütteln?

Weit gefehlt! Die Regierungskoalition hält sich völlig bedeckt und verweist stets auf die Zuständigkeit des Innenministeriums. Flache Argumente und unvorbereitete Statements sollten der Öffentlichkeit vermitteln, dass die bisherigen schönge-redeten Ergebnisse der Aufgabenkritik nichts mit der Kassenlage zu tun hätten. Sie seien vielmehr das Ergebnis einer konstruktiven Arbeit (einiger weniger Fachleute), die in diesem Konzept sehr gut umgesetzt sind. Nur so werde der Freistaat effizient und zukunftsfähig aufgestellt sein – maßvoll abgestimmt auf die sächsische Infrastruktur.

Abgestimmt?

Mit wem? Sicherlich mit dem Finanzminister!

Und was ist mit den Bürgerinnen und Bürgern? Mit den Kommunen? Was ist mit den betroffenen Polizeibeschäftigten?

Wir alle werden durch das Parlament vertreten, stellen uns dies aber anders vor! Und dies wurde im Landtag den Abgeordneten auch eins zu eins von uns übermittelt.

In unserer Auffassung wurden wir nicht nur vom BDK und der DPolG unterstützt, sondern auch vom Oberbürgermeister Gerhard Lemm aus Radeberg als Vertreter der Kommunen. Wir sehen, dass wir nicht allein stehen.

Zumindest, wenn man nicht vom gewählten Parlament spricht!

Matthias Büschel



Frohe Ostern . . .

und erholsame Feiertage
wünscht allen Kolleginnen
und Kollegen
der Landesvorstand
der Gewerkschaft der Polizei

„Bitte an den Osterhasen“

Ostern ist nun nicht mehr fern.

*Alle Kinder sehens gern, wenn der Osterhase naht,
wenn er recht viel Naschwerk hat.*

*Lieber, flinker Osterhase leg im Moos und leg im Grase
zwischen gelben Osterglocken Eier hin und Kandisbrocken.*

*Nougat ist mein Leibgericht und vergiss auch bitte nicht
eine bunte Zuckerstange, eine lange, riesenlange!*

*Auch ein Schokoladenei hätt' ich gerne noch dabei
und ein Ei aus Marzipan, eins verpackt in Cellophan,*

wünsch' ich mir vom Hasenmann.

Volksgut



Privatisierung Ausweg oder Falle?

Dazu einen Blick in das offizielle Material von Polizei 2020:

... Bei den nicht zum polizeilichen Kernbereich gehörenden Aufgabenfeldern wurde geprüft, ob es sich um polizei-fremde bzw. vollzugsinadäquate Aufgaben handelt und inwiefern diese für eine Verlagerung innerhalb der Verwaltung bzw. eine Privatisierung in Frage kommen oder ersatzlos wegfallen können. Hierbei wurden auch die Erfahrungen anderer Länder bzw. Erkenntnisse aus Bundesländer-Gremien einbezogen. Im Ergebnis ist festzustellen, dass veränderte Arbeitsweisen insbesondere in nachfolgend beschriebenen Aufgabenfeldern angezeigt sind. Die Umsetzung von Privatisierungsvorschlägen bedarf mit Blick auf deren Finanzierung der Abstimmung mit dem Staatsministerium der Finanzen.

Quelle: www.polizei.sachsen.de

Die konkreten Erfahrungen anderer Länder bzw. die Erkenntnisse aus Bundesländer-Gremien, die für eine Privatisierung tatsächlich sprechen, wären für die GDP schon interessant und bieten mit Sicherheit Stoff für eine faktenbezogene Diskussion.

Also schauen wir: WAS KANN „PRIVAT“ WIRKLICH BESSER?

Dieser Beitrag behandelt das Thema am Beispiel Kfz-Werkstatt. Wie und ob sich diese Feststellungen verallgemeinern lassen, wird sich später zeigen.

Spielregeln der Ökonomie:

Die Gesetze der Ökonomie gelten für die polizeieigenen Werkstätten ebenso wie für die privaten Werkstätten und dennoch gibt es einige wichtige Unterschiede:

Setzt man voraus, dass ein moderner bürgernaher öffentlicher Dienst sich im Falle einer Privatisierung nicht zum Vorreiter von Niedriglöhnen in der Privatwirtschaft macht, also im privaten Bereich Löhne gezahlt werden, wie im öffentlichen Dienst, ergeben sich bei den Lohnkosten keine Einsparpotenziale.

Rabatte für die Ersatzteile, Werkzeuge und Werkstattausstattung erhalten Polizeiwerkstätten ebenso wie private Werkstätten.

Die Posten Steuern, Werbung und Profit fallen in Polizeiwerkstätten nicht an.

Die Steuern fließen an den Freistaat zurück. Dass diese Vorstellung zu einer herben Enttäuschung führen kann, wissen zahlreiche Kommunalpolitiker, die von sprudelnden Steuereinnahmen träumten und feststellen mussten, dass die Erträge am Hauptsitz der Firma in einem fernen Bundesland sprudelten und sie sich nur einer chicen Verlustrechnung gegenübersehen. Auch das ist Marktwirtschaft und absolut legitim.

Billiger können es die Privaten also nicht. Da ist schon mal nichts zu sparen. Und besser? Besser ist immer der Feind des Guten.

Der Kunde ist König oder doch nur Goldesel?

Zwei Praxisbeispiele aus dem richtigen Leben: Ein Streifenwagen muss wegen einer Bagatelle in die Werkstatt. Das wird ja schon jetzt mancherorts so praktiziert. Der freundliche Kfz-Meister sagt zu dem Polizeibeamten, der den Wagen brachte: „Haben Sie bemerkt, dass das Auto vorn so ein ‚Klappern‘ hat? Sehen Sie hier, die Achsmanschette verliert Fett. Da muss unbedingt die Manschette der Antriebswelle gewechselt werden und dazu müssen wir die Antriebswelle ausbauen.“

Der Polizeibeamte schaut sich die Sache an und sagt: „Vielleicht genügt es, wenn Sie das lockere Spannband hier nur etwas nachziehen?“ Das Klappern war sofort weg. Der Kfz-Meister schaute betreten drein. Er konnte ja nicht ahnen,

dass der Polizeibeamte, bevor er zur Polizei ging, eine Ausbildung als Mechatroniker gemacht hatte.

Beispiel zwei aus meiner eigenen Familie:

Auch wir haben in der Familie einen frisch ausgelernten Kfz-Mechatroniker. Als netter junger Mensch in der Werkstatt einer Premiummarke wechselte er bei einem Kunden eine Blinkleuchtenlampe. Kosten: einige wenige Euro.

Als er den Kunden verabschiedet hatte und sich glücklich schätzte, so prompt und kundenfreundlich geholfen zu haben, erhielt er eine Standpauke seines Werkstattleiters, als hätte er die Firma ruiniert mit dem Schlusssatz: „... und dass das klar ist, bei uns verlässt niemand den Hof mit einem Umsatz unter 50,00 Euro!“

Sicher nur ein Einzelfall und es wird sich offiziell kaum jemand finden, der schon mal eine ähnliche Erfahrung in der Privatwirtschaft machen durfte ...



Folienbeklebungen

Kriterium	Privatwirtschaft	Polizei
Grundstück	X	X
Gebäude	X	X
Werkstattausstattung	X	X
Werkzeug	X	X
Personalkosten	X	X
Materialkosten	X	X
Steuern (Gewerbsteuer, Mehrwertsteuer usw.)	X	entfällt
Werbung	X	entfällt
Ertrag / Profit	X	entfällt



KREISGRUPPE LANDESPOLIZEIDIREKTION ZENTRALE DIENSTE

Solche „teuren“ Erlebnisse hat man in einer Polizeiwerkstatt jedenfalls nicht.

An dieser Stelle muss unbedingt erwähnt werden, dass in den polizeieigenen Werkstätten viele Arbeiten in einer einzigen Werkstatt erledigt werden, die in der freien Wirtschaft durch die unterschiedlichsten Spezialfirmen erbracht werden (z. B. Folientechnik, Funkeinbau, polizeiliche Sondereinbauten und Arbeiten, die mit anderen Bereichen der Polizei unabweislich verknüpft sind, z. B. IuK-Bereich).

Aus ökonomischer Sicht geht dieser Punkt ganz klar an die Polizeiwerkstätten.



Aufbau und Reparatur der WeniPol-Anlagen.

Die Tücken des Alltags:

Aber vielleicht wurde in der Betrachtung etwas übersehen?

Zum Beispiel die Entfernung. Stimmt! Die Privatwerkstätten liegen oft näher als die Polizeiwerkstätten. Ab wann dieser Fakt alle anderen ökonomischen Aspekte ausgleicht, ist eine lohnende Rechenaufgabe für Spezialisten. Eines ist jedenfalls klar und das lässt sich auf folgende Formel bringen:

Je größer die Reparatur und je höher die Reparaturkosten sind, umso mehr lohnt sich wirtschaftlich die Fahrt in die eigene Polizeiwerkstatt.

Hol- und Bringeservice – ein Traum! Das wär's! Ganz kostenlos wird das allerdings nicht gehen und da sind dann noch einige Fragen: Dürfen Privatpersonen mit unseren Polizeifahrzeugen einfach so durch die Gegend fahren? Wozu bräuchten dann Polizeibesetzte eine Berechtigung zum Führen von Dienstfahrzeugen? So mancher Schlosser der Privatwirtschaft würde es super finden, mal so richtig mit Blaulicht und Signalthorn ...



Reparatur der Sondersignalanlage.

bloß ganz kurz und bloß zum Spaß ... Nein?!

Also müssen doch wieder Polizeibesetzte das Fahrzeug hinschaffen und abholen, das heißt: Es müssen immer zwei sein, denn wie soll der Fahrer des „Werkstattfahrzeuges“ wieder zur Dienststelle kommen und umgekehrt. Es ist nicht realistisch, dass die privaten Werkstätten für diese Fälle voll ausgestattete Ersatzstreifenwagen bereithalten.



Motor und Turboinstandsetzung

Damit ist es aber noch nicht getan: Polizeifahrzeuge haben eine Unzahl an Ausrüstungsgegenständen und polizeilicher Technik an Bord.

- Welcher Polizist hat die Zeit, das Fahrzeug für die Werkstatt „abzurüsten“?
- Welche Werkstatt lässt sich auf eine vollständige Übergabe bei Annahme und Rückgabe ein?
- Und was ist mit dieser Arbeitszeit?
- Wie viele Kilometer hätte der Beamte ohne abrüsten zu müssen und ohne Übergabeprotokoll mehr fahren können?
- Wo werden die Gegenstände aus dem Dienstfahrzeug zwischengelagert?
- Wer rüstet das Fahrzeug wieder auf?

Und: **WER IST FÜR DAS ALLES VERANTWORTLICH?**

Fragen über Fragen. Unsere Juristen wird's freuen, denn dort schafft es reich-

lich Nachschub an Arbeit. Einsparung? Erleichterung der Arbeit an der Basis? Fehlzanze!

Wie das Beispiel „Klappern an der Vorderachse“ bereits zeigte, tut sich ein weiteres Feld auf. Glühlampe kaputt – klar, das sieht jeder! Motor springt nicht an. Privatwerkstatt sagt: Motorinstandsetzung erforderlich. – Wer erteilt dann den Auftrag? Vielleicht hätte es gereicht, den Kraftstofffilter in der Tankleitung zu reinigen? Das kann nur der Polizeibediendete, der den Wagen abgibt, überhaupt nicht beurteilen, es sei denn, er ist zufällig, ausgebildeter Mechatroniker.



Inspektionen

Fährt dann ein Fachmann aus der Zentralwerkstatt in die jeweilige Firma oder vertrauen wir der Privatwirtschaft blind? Okay. Dürfen wir ja gar nicht. Rechnungshof und so.

Also: **WER MACHT DAS?** Und wo wird da etwas gespart, wer entlastet und was wird dadurch besser?

Auch im Praxistest hat die Privatwirtschaft schlechte Karten gegenüber unseren eigenen Polizeiwerkstätten.

Terror und Krise waren gestern – wirklich?

Wie ist das denn nun? Terrorgefahr ja oder nein? Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, merkt tagtäglich, dass die Instabilität in der Welt zunimmt und die Gefahr von Bedrohungen von Anschlägen in Deutschland absolut real sind. Auch wenn es mir nicht gelungen ist, eine klare Definition des Begriffs „Internationaler Terrorismus“ in Lexika oder im Internet zu finden, die uns umgebende Realität ist desolater und gewalttätiger geworden. Das ist unbestritten. In diesen Zeiten geben wir unsere durchaus sensiblen Einsatzmittel an polizeifremde Personen und private Firmen.

Das finde ich, ist ein ganz erstaunlicher Vertrauensbeweis. Er birgt jedenfalls un-

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

gleich höhere Sicherheitsrisiken, als unsere Fahrzeuge innerhalb der Polizei reparieren zu lassen. Wahrscheinlich bedarf es erst einer schmerzlichen Erfahrung, dass hier ein Umdenken stattfindet. Und Krise? Krise war gestern ... Welche



Lackierungen

eigentlich? Die Finanzkrise? Die Eurokrise? Die Nordafrikakrise? Krisen gehören mittlerweile zu unserem Alltag. Deshalb gilt es, Vorsorge zu treffen und krisenunabhängig zu werden, gerade für die Sicherheit in Sachsen und damit auch für die Polizei. Wenn uns die nächste Finanz- oder Wirtschaftskrise trifft, dann wird diese erhebliche Folgen haben, denn die letzte Krise konnte nur durch Staatsschulden abgemildert werden.

Für ein Land wie Sachsen hätte dies sicher viele Firmenpleiten zur Folge. Auch Pleiten von Autohäusern und deren Werkstätten. Dann müsste sich die Polizei neue Partner suchen, die dann am kleiner gewordenen Markt noch überlebt haben. Was würde ich als Unternehmer tun? Klar! Wenn die Nachfrage groß ist und die Konkurrenz kleiner, dann steigt der Preis.



Automatikgetriebeinstandsetzung Golf

Und bei der Polizei würde ich als Unternehmer aber richtig zulangen, denn die muss es ja geben. Ein solcher Auftrag ist fast wie eine Lizenz zum Gelddrucken.

Es kann aber auch anders kommen. **WIR MÜSSEN SPAREN!** Der Haushalt ist beschlossen, die Kosten explodieren (siehe oben) und im September eines nicht so guten Jahres ist das geplante Geld alle. Klar, Nachtragshaushalt – kein Problem. Hm. Geht aber nicht ohne Neuverschuldung. Oder es wird wieder so wie in den 80er Jahren, als im September das Geld alle war und es gab kein Klopapier mehr und im Oktober wurde der Sprit für die Streifenwagen kontingentiert. Ältere Kollegen und Kolleginnen können sich bestimmt noch daran erinnern. Also zurück in die Zukunft ...? Sicher nicht! Deshalb ist völlig unverständlich, dass sich die Polizei in die Abhängigkeit der Wirtschaft begibt.

Welche Schlussfolgerungen müssen aus der Betrachtung gezogen werden?

Privatisierungen haben folgende Konsequenzen:

1. Die Polizei begibt sich in die Abhängigkeit von privaten wirtschaftlichen Interessen.
2. Ein Zugewinn an Sicherheit kann nicht erwartet werden, eher tritt das Gegenteil ein.
3. Im Falle einer Krise wird Privatisierung zum Sicherheitsrisiko.
4. Kosten sind durch Privatisierung nicht zu senken, eher das Gegenteil.
5. Der Einfluss auf die Kosten geht komplett durch das Preisdiktat der Wirtschaft verloren.
6. Polizei benötigt zusätzlich Personal für die Schnittstellen zur Privatwirtschaft.

Dr. Johannes Bickel schreibt zu Privatisierungen:

„... dass Privatisierungen den Wohlstand steigern und den Bürgern zugute kommen, wird durch die Praxis immer neu widerlegt. Schlagzeilen geliefert haben etwa die Pleite mit der Privatisierung der englischen Eisenbahn, der häufige Stromnotstand in Kalifornien oder in Deutschland der Pusch privater Labors bei Fleischtests auf BSE ... (Quelle: www.globalisierung-online.de).“

Die Beispiele finden sich auch bei Privatisierungen bei der Polizei. Ein aktuelles und unappetitliches Beispiel ist der neueste von inzwischen drei Schnitzel-skandalen in NRW (blutige Schnitzel als Verpflegung der BePo im Einsatz). (Quelle: http://www.gdp.de/gdp/gdp_nrw.nsf/id/DE_Schnitzel# und Ruhrnachrichten vom 21. Februar 2011).

Was bleibt, ist die Feststellung: Wenn der Staat seine Verantwortung für die Sicherheit wirklich selbst und unabhängig gestalten will, dann ist es widersinnig, wenn er sich von privaten wirtschaftlichen Interessen abhängig macht. Sicherheit ist eines der kostbarsten Güter in der Demokratie und darf nicht privaten Profitinteressen geopfert werden. Deshalb ist die Gewerkschaft der Polizei gegen jegliche Privatisierung von Dienst- und Unterstützungsleistungen für die Arbeit der Polizei.

Jürgen Scherf



KG Chemnitz-Erzgebirge

Der Tagesausflug der Senioren der Kreisgruppe Chemnitz-Erzgebirge beginnt am 10. Mai 2011 ab Lichthalle Hauptbahnhof Chemnitz.

Treffzeit: 08.50 Uhr
Abfahrt: 09:09 Uhr

Peter Geserick



FRAUENGRUPPE**„Danke, schön“ ...**

... so lautete die Antwort jeder Teilnehmerin einer Dankeschön-Veranstaltung besonderer Art, als sie am Ende gefragt wurde, wie sie sich jetzt fühlt.

Geladen hatte die Frauengruppe der GdP Sachsen für den 4. März 2011 Frauen, welche sich in ihren Kreisgruppen auf unterschiedlichen Ebenen sehr aktiv in die Gewerkschaftsarbeit einbringen. Treffpunkt war der Salon Vogel Friseure auf der Mühlenstraße in Chemnitz. Exklusiv für die Geladenen nahm sich deren Chefin mit ihren Friseurinnen und Kosmetikerinnen ca. zwei

Stunden Zeit. Nach dem Empfang mit Sekt, Naschereien und Obst im tollen Ambiente erhielt jede Frau eine individuelle Beratung für ihren Typ. Ganz



spontan ließen sich alle auf das Angebot ein, sich neu frisieren zu lassen und professionell geschminkt zu werden. Dazu gab es Vorher-Nachher-Fotos.

Von den Ergebnissen waren Akteure wie Teilnehmerinnen vollauf begeistert.

So toll gestylt ging es anschließend ins Restaurant über den Dächern der Stadt im Hotel Mercure. Dort wartete auf die Schönen ein schmackhaftes Drei-Gänge-Menü. Natürlich diskutierten die Frauen bei all dem auch über die aktuell anstehenden Probleme in den Dienststellen, die gegenwärtigen Tarifverhandlungen und zum Projekt Polizei.Sachsen. 2020. Fazit des Ganzen: Dankeschön für diese Veranstaltung an die Organisatorin Gabi Eienkel. Mit so

einer mal ganz anderen Art stärkte sie das Selbstbewusstsein der Frauen und gab einen Motivationsschub.

Isolde Schimak

POLIZEISPORT**13. Sächsischer Polizeicup im Straßenradspport**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für den 2. und 3. Juli 2011 organisiert der Vogtländische Radsportverein Plauen den „44. Vogtlandcup“ im Straßenradspport. Im Rahmen dieses Wettbewerbes findet der „13. Sächsische Polizeicup“ statt.

Wettbewerbe

Die Wettkämpfe werden als Einzelzeitfahren über 14,2 Kilometer – Elsternberg/Coschütz – Netzschkau/Brockau – Netzschkau/Reimersgrün – Elsternberg/Coschütz und als Straßenrennen über 56,8 Kilometer ausgetragen. Teilnahmeberechtigt sind Polizeibeamte/-innen des Bundes und der Länder. Für die Teilnehmer der sächsischen Polizei handelt es sich um eine außerdienstliche sportliche Veranstaltung.

Wettkampfbestimmungen

Die Rennen werden nach den Regeln des Bundes Deutscher Radfahrer e.V.

und den Bestimmungen dieser Ausschreibung durchgeführt. Zu allen Wettkämpfen ist ein Harthelm zu tragen. Die Inanspruchnahme von Führungsdiensten seitens anderer Teilnehmer sowie der Einsatz von Kraftfahrzeugen für Schrittmacherdienste, Service, Versorgung etc. sind während des Zeitfahrens nicht statthaft. Während des Zeitfahrens ist ein Abstand zum Vorausfahrenden von mindestens 20 Metern und beim Überholen ein Seitenabstand von einem Meter einzuhalten.

Klasseneinteilung

Jeweils Männer und Frauen:
Offene Klasse: ohne Altersbeschränkung
Altersklasse II: 41–50 Jahre
Altersklasse III: 51–60 Jahre

Ablaufplan

Einzelzeitfahren am 2. Juli 2011:
13.00 Uhr Ausgabe der Startnummern
14.00 Uhr Rennbeginn (Frauen OK,

AKII, AKIII; Männer OK, AKII, AKIII)
Straßenrennen am 3. Juli 2011:
8.00 Uhr Ausgabe der Startnummern
8.30 Uhr Massenstart für alle Altersklassen
gegen 13.00 Uhr Siegerehrung

Anmeldung

Die Teilnehmermeldungen sind unter Angabe von Amtsbezeichnung, Name, Vorname, Geburtsjahr und Dienststelle (unterteilt in Offene Klasse, Altersklassen) an:

Sportfreund Winfried Schiller
Röntgenstraße 35, 08529 Plauen
Tel.: 0 37 41/47 03 28

Mobil: 01 60/94 96 16 19

E-Mail: Winfried-Schiller@t-online.de bis zum 15. 6. 2011 schriftlich (Post oder Mail) zu übersenden. Für die Durchführung der Wettbewerbe wird ein Unkostenbeitrag von 28,00 Euro erhoben.





Sicherstellung in der Polizei (z. B. Waffen, Kfz, IT, Hausmeister)

... in Sachsen-Anhalt

Wer kennt ihn nicht, den fleißigen Hausmeister, der alle Reparaturen und andere notwendige Dienste kurzfristig durchführt. Das ist aber längst Geschichte. Die Stellen wurden gestrichen und sind auch nicht mehr im Kassenanschlag vorhanden. Eine Fremdfirma führt nun Hausmeisterdienste, nach erfolgter öffentlicher Ausschreibung, durch. Der Vertrag ist meist eng gestaltet. So muss selbst für kleine Malerarbeiten eine erneute Ausschreibung erfolgen. Ein Service war auch die „Putzfrau“. Der heutige Reinigungsdienst beschränkt sich auf die Reinigung der sanitären Anlagen und der Fußböden. Fenster sind da schon ausgenommen und werden oft nur einmal im Jahr über eine „Fensterputzfirma“ gereinigt. Selbst im Innenministerium werden aus Kostengründen nur die Fenster zur Straßenseite geputzt. Die Polizei hat ja bekanntlich auch viele Dienstfahrzeuge, die Sonder-Kfz mal ausgenommen. Hier gab es mal eigene Werkstätten für die Reparaturen. Mit Einführung der Leasingfahrzeuge wurden diese Werkstätten nach und nach abgebaut. Für die größte Polizeidirektion in Sachsen-Anhalt gibt es offiziell noch einen Sachbearbeiter Technik Kraftfahrzeuge und zwei Kollegen als Fahrer/Wagenpfleger. Bei kleinen und großen Problemen wird nun die Vertragswerkstatt von VW oder Mercedes aufgesucht. Einen kleinen Vorteil gibt es noch, da es einige Kollegen gibt, die früher solche Aufgaben wahrnahmen. Diese werden entsprechend eingesetzt und helfen wo sie können. Es wird sicherlich spannend, wenn auch die Telekommunikation komplett ausgelagert wird. Das Technische Polizeiamt hat drei Hauptfelder zu bestreiten, zum einen die Zentrale Bußgeldstelle, Informationstechnologie und Interne Dienste/Zentrale Logistik/Kampfmittelbeseitigungsdienst. Einen Einlasskontrolldienst gibt es natürlich auch. Die Uniformen ähneln unseren neuen blauen Kleidungsstücken. Es sind aber keine älteren Kollegen, die das durchführen, sondern eine Sicherheitsfirma. In den Landrevieren wird der Bürger nun meist durch den Dienstgruppenleiter in Empfang genommen. In der Landesbereitschaftspolizei und in der Staatskanzlei erblickt man dann wieder Kollegen.

Jens Isensee

... in Thüringen

In der Thüringer Polizei war man vor Jahren stolz zu verkünden, dass als Ergebnis des ad acta gelegten Projekts „Optopol“ das Polizeiverwaltungsamt aufgelöst wird. Die verschiedenen Bereiche wurden auf mehrere Dienststellen verteilt. Heute gesteht man sich ein, dass diese Auflösung ein Fehler war. Gute Erfahrungen mit der Einbeziehung von Nutzern und Personalvertretern bei der Entscheidungsfindung in Fragen Leistungsbeschreibungen und Funktionalität bei Beschaffungsmaßnahmen gerieten in Vergessenheit mit dem Ergebnis, dass beschaffte Technik kritisch und unnötig hinterfragt werden musste. Ursachen sind unklare Abgrenzung der Wahrnehmung der Verantwortlichkeit zwischen einzelnen Referaten im Innenministerium und Entscheidungsträgern für die Beschaffung sowie mangelnde Abstimmung bei laufenden Prozessen. Die Privatisierung bestimmter Dienstleistungsbereiche schreitet voran, so wurde z. B. das Küchenpersonal am Bildungszentrum in Meiningen einer anderen Aufgabe zugeführt. Die nunmehr privat betriebene Kantine sieht sich mit Kritik an Qualität und Quantität der Mahlzeiten konfrontiert, obwohl der Verpflegungssatz überraschend kurzfristig erhöht wurde. Da auch die Zahl der Tarifbeschäftigten immer kleiner wird, werden Einlass- und Kontrolldienste in polizeilichen Einrichtungen privatisiert, um das dort vorhandene Personal für andere logistische Dienstleistungen einsetzen zu können und so vorhandene Lücken zu stopfen. Ein Pool von Logistikarbeitern betreut mitunter den Schutzbereich einer ganzen PD von einem Standort aus. Anstatt Verwaltungsbeamte einzustellen oder Tarifbeschäftigten höherwertige Tätigkeiten bei entsprechender Vergütung anzuvertrauen, werden notwendige Aufgaben auf immer weniger Beschäftigte verteilt. Die Arbeitszufriedenheit sinkt und die Krankenstände steigen. Werden diese Stellen nicht von Tarifbeschäftigten nachbesetzt, müssen Vollzugsbeamte diese Tätigkeiten wahrnehmen, die dann wiederum beim Dienst am Bürger fehlen. Im Rahmen des Projekts „Polizeistrukturreform“ sollten auch diese Aspekte betrachtet werden, da sonst die Funktionsfähigkeit der Polizei in den nächsten Jahren gefährdet ist.

Hans-Jürgen Stahn

... in Sachsen

Nach mehreren Untersuchungen von Unternehmensberatungen, Reformen und Umstrukturierungen sind seit 2005 mit der Auflösung der Polizeipräsidien grundsätzlich alle Dienstleistungsbereiche der Landespolizei in der Landespolizeidirektion Zentrale Dienste zusammengeführt worden. Dazu gehören neben der Sonderversorgung, der Heilfürsorge und dem Ärztlichen Dienst auch die Fachkräfte für Arbeitssicherheit sowie die Werkstätten für WuG, IuK und Kfz. Es werden dazu in den Großstädten Leipzig, Dresden und Chemnitz regionale Außenstellen vorgehalten. Weiterhin unterhält diese Dienststelle zurzeit noch eine kleine Kfz-Bereichswerkstatt in Plauen, um die Betreuung des Vogtlandkreises zu ermöglichen. Eine zweite Bereichswerkstatt wurde Ende 2010 geschlossen, um dem politischen Willen der Erhöhung der Auftragsvergabe in die freie Wirtschaft Rechnung zu tragen. Im Jahr 2007 erfolgte die Überführung der Kfz-Werkstätten der Bereitschaftspolizei in die LPD ZD. Nach einem beschlossenen Werkstattkonzept von 2009 sollen zukünftig bis zum Jahr 2017 schrittweise weitere Fremdvergaben von Werkstattleistungen im Kfz-Bereich, bei gleichzeitiger Gewährleistung der Daseinsvorsorge, realisiert werden. Zu diesem Zeitpunkt sollen nur noch drei große Werkstätten ihren Dienst tun. Die personelle Besetzung in allen Bereichen durch Überalterung und Einstellungsstopp ist alles andere als ideal. Die Zeit, in der Haushandwerker die notwendigen Kleinreparaturen erledigten, sind vorbei. Hausmeister versuchen, meist mit Verantwortlichkeit für mehrere Objekte, das Notwendigste zu realisieren, was Privatfirmen an Qualität vermissen lassen bzw. was sofort zu erledigen ist und nicht den langen Weg über den Staatsbetrieb Immobilienmanagement oder Fremdfirmen abgefordert werden kann. Fahraufträge und Kurierdienste werden von Kraftfahrer-pools erledigt. Die Leistungen dieser Beschäftigten können nicht hoch genug bewertet werden. Sie als personelles Einsparpotenzial anzusehen, käme Sachsen insgesamt teurer zu stehen. Viele Dinge weiß man erst zu schätzen, wenn man sie nicht mehr hat (BePo-Küchen)!

Jörg Günther

